

Bildungsrat für Bildungsgerechtigkeit



Die Zeit drängt!

Pädagoginnen und Pädagogen fordern Maßnahmen gegen eine Zwei-Klassen-Gesellschaft

Bildungsgerechtigkeit ist in unserer Gesellschaft Konsens. Alle Kinder sollen sich und ihre Fähigkeiten bestmöglich entwickeln können.

Wir nehmen jedoch mit großer Sorge wahr, dass dieses Ziel in immer weitere Ferne rückt. Mehrere unabhängige Studien aus den letzten Jahren haben in bedrückender Weise dokumentiert, wie sich das Auseinanderdriften unserer Gesellschaft auf unsere Kinder, ihre Bildung und ihre Schulen auswirkt. Wir fordern darum die Einsetzung eines unabhängigen Bildungsrats.

- Der unabhängige Bildungsrat soll aus Expert_innen aus allen Bereichen bestehen: Schulpraxis und Erziehungswissenschaft, Verwaltung, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Politik.
- Sie sollen Leitlinien und konsensfähige Reformvorschläge für die Entwicklung unseres Bildungssystems erarbeiten.

Es soll Aufgabe des Bildungsrats sein, für die grundlegenden Probleme Lösungen zu finden. Wir sehen dringenden Reformbedarf auf folgenden Ebenen:

- Vorschulische Bildung: Alle Kinder haben Anspruch auf eine bestmögliche kostenlose Förderung durch geschultes Personal. Was in die elementare Bildung investiert wird, zahlt sich später vielfach aus!
- Die einzelnen Schulen: Die Schule ist für die ihr anvertrauten Kinder da, nicht umgekehrt. Schulen müssen ermutigt werden, diesen Grundsatz in konsequente Unterrichts- und Schulentwicklung umzusetzen.
- Professionelle Lerngemeinschaften: Eine solche Pädagogik und Didaktik der Vielfalt stellt höchste Ansprüche an die Haltung und an das Können von Lehrerinnen und Lehrern. Lehreraus- und -fortbildung müssen zusammenwirken, um

solches Lernen zu sichern.

- Staatliche Kontrollen und Maßnahmen der Evaluation: Vor einem Denken in Gewinner und Verlierer hat bereits die Expertenkommission zur Einführung von Bildungsstandards gewarnt und darum für Mindeststandards plädiert. Diese können in Kombination mit Profilprüfungen nachgewiesen werden.
- Es ist Aufgabe aller Schulen, ihren Schülerinnen und Schülern zu bestmöglichen individuellen Leistungen zu verhelfen. Hohe Testwerte allein sind aber noch keine Garantie für Qualität. „Gut“ ist eine Schule erst dann, wenn sie allen ihren Schülerinnen und Schülern auf der Basis einer demokratischen Lebens- und Lernkultur eine bestmögliche Entwicklung ermöglicht.
- Systemsteuerung: Inklusion ist die Aufgabe aller Schulen: Alle Kinder müssen mitgenommen, nicht abgeschult werden. Wir



BILDUNGSRAT FÜR
BILDUNGSGERECHTIGKEIT

- brauchenein umfassendes Konzept zur Familienbegleitung.
- Kommunale Entwicklung: Das Entstehen von „Ghettos“ und Parallelgesellschaften muss durch Stadtteilentwicklung und Steuerung der Schülerströme verhindert werden.
 - Wirtschaft und Politik: Die Entwicklung des Arbeitsmarktes muss in gemeinsamer Verantwortung von Wirtschaft und Politik so gesteuert werden, dass alle die Chance haben, zu arbeiten und von dieser Arbeit zu leben. Heranwachsende dürfen nicht in die Perspektivlosigkeit entlassen werden.

- Nur eine gemeinsame gesellschaftliche Anstrengung kann helfen. Das Zurücklassen vieler Kinder und Jugendlicher gefährdet unsere Demokratie. Es darf nicht von wechselnden Partei-Mehrheiten abhängen, was unter sozialer Gerechtigkeit und Bildungsgerechtigkeit zu verstehen ist!

Wir fordern die Kultusministerkonferenz, die Länderregierungen und die Bundesregierung auf, unsere Forderungen umzusetzen. Wir bitten alle, die im Bildungsbereich Verantwortung tragen, unsere Forderungen zu

unterstützen.

Wir bitten alle Bürgerinnen und Bürger, sich diesem Aufruf anzuschließen.

Für die Initiativegruppe:

Prof. em. Dr. Hans Brügelmann, Dr. h.c. Annemarie von der Groeben, Prof. Dr. Hilbert Meyer, Schulleiterin i. R. Renate Nietzsche, Professorin Dr. Susanne Thurn

Petition

Mit dieser Forderung wendet sich eine Initiative von über 5.555 pädagogischen Fachleuten und engagierten Bürgerinnen und Bürgern an die Bundesregierung, an die Kultusministerkonferenz und die Parteien. Ihre Petition und die Liste der Unterschriften hat die Initiative heute den politisch Verantwortlichen in Berlin und in den Bundesländern übergeben.

Unsere Gesellschaft steht vor einer großen Herausforderung: der unverändert starken Abhängigkeit des Bildungserfolgs von der sozialen Herkunft. Die Benachteiligung vieler Kinder beginnt schon bei fehlenden Anregungen in der Familie und bei der unzureichenden Förderung in einer schlecht ausgestatteten KITA. Sie setzt sich fort in der Grundschule im sozialen Brennpunkt, vor allem beim Übergang in die weiterführenden Schulen. Wenn so viele Kinder von Geburt an benachteiligt sind, wenn unsere Gesellschaft weiter auseinanderdriftet, wird Bildungsgerechtigkeit zur Gefährdung un-

serer Demokratie.

Hier ist die Politik gefordert. Bund, Länder und Gemeinden müssen zusammenwirken, um soziale Nachteile beim Start ins Leben besser auszugleichen. Oberstes Kriterium für die Qualität einer Schule kann im Sinne der Bildungsgerechtigkeit nur die bestmögliche Förderung aller ihr anvertrauten Kinder und Jugendlichen sein. Schulen müssen ermutigt werden, diesen Weg konsequent zu gehen, Lehrerausbildung- und Lehrerfortbildung müssen zusammenwirken, um diese Entwicklung zu stärken.

Die Koalitionsvereinbarungen sehen die Einrichtung eines Nationalen Bildungsrats vor, der vor allem für mehr Vereinheitlichung und formale Vergleichbarkeit im Bildungssystem sorgen soll. Wir meinen: Das reicht nicht aus! Man muss das Übel der Bildungsungerechtigkeit bei der Wurzel packen! Fachleute aus ganz unterschiedlichen Bereichen müssen zusammenwirken, um ein umfassendes Konzept

für Bildungsgerechtigkeit zu entwickeln. Sozialpolitik und Stadtplanung sind genauso gefordert wie Bildungspolitik und Schulentwicklung.

In anderen Ländern Europas haben „Education Councils“ mit breiter Bürgerbeteiligung eine lange Tradition (s. Anlagen). Beim Bemühen um mehr Bildungsgerechtigkeit sind neben der Wissenschaft vor allem die Erfahrung und die Intelligenz der Praxis gefordert. Es bedarf, so die Petition, einer großen zivilgesellschaftlichen Anstrengung, um allen Kindern gerecht zu werden. Dafür machen wir einen konkreten Vorschlag (s. Anlage digital 2).

Bund und Länder müssen jetzt ernst machen mit ihrem Versprechen, die Chancengleichheit im Bildungsbereich zu verbessern, wie das CDU/CSU und SPD als zentrale Aufgabe der Koalition vereinbart haben. Ein „Bildungsrat für Bildungsgerechtigkeit“ könnte dafür entscheidende Impulse geben.

Die Petition wurde zusammen mit der Liste der Unterschriften der Initiative an die politisch Verantwortlichen in Berlin und in den Bundesländern übergeben.



Was bisher geschah, warum es geschah und was geplant ist

„Wie.., den gibt’s noch?“ ist die häufigste Frage, begleitet von mitleidigem Blick, wenn ich den Namen unseres Vereins, d.h. mein bildungspolitisches Ziel nenne, dessen Erreichen in Hamburg ich noch erleben möchte. „Dann musst du aber alt werden“, höre ich dann bei leichtem Fingertippen an die Schläfe. Vielleicht ist es auch ein Traum, doch werde ich ihn einfach nicht los, trotz des gescheiterten Volksentscheids für ESfA und gewonnenen Volksentscheids gegen die Primarschule. Solange es die Eine Schule in Hamburg nicht gibt, das Zwei-Säulen-Modell nicht überwunden ist, wird es auch den Verein ESfA geben. Dann erst kann auch Frieden im Schulbereich wachsen.

Täglich werden wir Zeugen der Ungerechtigkeit des Zwei-Säulen-Modells: Die seit November 2017 laufende BSB-Werbekampagne für

Stadtteilschulen vermittelt keine Gleichberechtigung von StS und Gymnasium. Wenn mehr Eltern, auch bildungsnahe Familien, ihr Kind an einer Stadtteilschule anmelden, ist es das Verdienst jeder Stadtteilschule, nicht der BSB-Werbekampagne.

Am 1. Ratschlag ESfA im November 2017 motivierte Ulrich Vieluf mit dem Impulsreferat: „Zu Risiken und Nebenwirkungen des (Hamburger) Zwei-Säulen-Modells“ mehr als 30 Menschen, Ideen zu Strukturdebatte und guter Schule zu entwickeln.

Der 2. Ratschlag ESfA im Februar beschloss, sich mit Blick auf die Bürgerschaftswahlen 2020 nicht in das Abenteuer der Volksgesetzgebung zu begeben. Doch waren sich alle einig, viele verschiedene Aktivitäten zu entwickeln, die die Ungerechtigkeiten des Zwei-Säulen-Modells den Menschen nahebringen können ohne die gute Arbeit der Stadtteilschulen abzuwerten.

Es gibt Themen:

- Regionale Schulentwicklungsplanung
- Gymnasien an Inklusion beteiligen
- Keine Abschulung vom Gymnasium
- Geflüchtete Kinder und Jugendliche gerecht verteilen
- Trotz Zwei-Säulen-Systems: gezielt leistungsstarke SuS aus bildungsnahe Familien für StS gewinnen
- Wie geht gute Schule mit gro-

ßer Heterogenität, damit es keine Verlierer_innen gibt?

Es reizt uns, Hamburg-weit vielfältige Veranstaltungen zu organisieren. Ob wir vorankommen auf dem Weg zur Überwindung des Zwei-Säulen-Modells hängt davon ab, in welchem Maße es den Freund_innen der Eine Schule für Alle gelingt, Hamburger_innen dafür zu gewinnen.

Am 5. Ratschlag ESfA am 30. Mai hat die Schulleitung der 6-jährigen Grundschule Grumbrechtstraße ihre erfolgreiche Arbeit im länger gemeinsamen Lernen vorgestellt, auch ein Baustein, mit dem wir bis zur Bürgerschaftswahl 2020 dem Ziel der Ablösung des Zwei-Säulen-Modells durch die „Eine Schule für alle“ näherkommen können.

Der Ratschlag ESfA geht weiter, immer am letzten Mittwoch des Monats im Curio-Haus Raum A: Mittwoch 29. August, 26. September, 28. November. Der letzte Ratschlag ESfA vor der Sommerpause ist am Mittwoch, 27. Juni auf der Terrasse des Café SternChance, Schröderstiftstr. 7

CHRISTIANE ALBRECHT



Sprechstunde zu Fragen der Berechnung der Arbeitszeit (KSP) für GEW-Mitglieder in schulischen Personalräten wird fortgesetzt

Petra Demmin, ehemalige Schulleiterin an der Heinrich-Wolgast Schule, bietet an, die aus der jeweiligen Schule vorliegenden KSP-Unterlagen zu analysieren, zu erläutern und Fragen zu klären bzw. zu formulieren.

Die nächsten Termine bitte in der GEW Geschäftsstelle nachfragen, Tel. 040 41 46 33-0.

Da die Analyse einzelner KSPs u. U. zeitintensiv sein kann und um längere Wartezeiten zu vermeiden, bitten wir um eine Email-Anmeldung unter ksp@gew-hamburg.de.

